

**Stadtrat Dennis Jannack**

*- Es gilt das gesprochene Wort -*

Aktuelle Debatte "Sicherheit auf öffentlichen Plätzen in der LH Magdeburg"

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte,  
liebe Zuhörer,

die heutige aktuelle Debatte ist überschrieben mit dem Titel "Sicherheit auf öffentlichen Plätzen in der LH Magdeburg". Und eben darum geht es: um alle Plätze in unserer Stadt. Es geht nicht nur um Konflikte am Hasselbachplatz oder in der Umgebung des Moritzhofes, es geht um alle öffentlichen Plätze. Neben den erwähnten Plätzen wären noch weitere Beispiele zu nennen: Haltestellen der MVB, Parks oder auch das Lesezeichen Salbke. Vor einigen Wochen twitterte Michael Bock, Redakteur der Volksstimme: „Das Lesezeichen in Magdeburg Salbke. Einst preisgekrönt, jetzt verwahrlost. Eine Schande.“ Auch hier entstehen Konflikte durch unterschiedliche Nutzergruppen.

Und dennoch dominieren der Hasselbachplatz und der Moritzplatz die öffentliche Debatte der letzten Wochen. Hier haben sich die Konflikte potenziert. Wenn wir darüber debattieren, dürfen wir aber alle anderen öffentlichen Plätze nicht aus dem Auge verlieren. Lösungsstrategien können auch auf diese, nach entsprechender Anpassung, übertragen werden.

In der Öffentlichkeit wird vor allem über ordnungsbehördliche Lösungsstrategien geredet. Diese können nur ein Teil der Lösung sein. Eigentlich, wenn die Konflikte schon sehr weit offen liegen. Erstrebenswert hingegen wäre eine Lösung mit Präventionscharakter.

Um den Hasselbachplatz gibt es schon seit Jahren Diskussionen. Im April 2012 wurden die Bänke in der Liebigstraße abgebaut. Und schon damals wurde die fehlende Präsenz des Ordnungsamtes kritisiert. Was wir brauchen, ist eine gemeinsame Präsenz von Ordnungsamt und Polizei an allen Konfliktstellen dieser Stadt. Das Ordnungsamt muss auch nachts erreichbar sein. Dazu müssen eben auch die notwendigen finanziellen Mittel bereitgestellt werden. Was hindert die Landeshauptstadt daran, den Jugendschutz am Hasselbachplatz konsequent durchzusetzen - und das nicht erst morgen?

Neben ordnungspolitischen Maßnahmen - eine Abschaltung von öffentlichen WLAN-Netzen oder Videografie ist nicht zielführend - brauchen wir sozialpolitische Strategien, außerdem müssen wir über die Aufenthaltsqualität sprechen. Ähnlich wie bei Wohnquartieren ist eine soziale Durchmischung und damit soziale Kontrolle notwendig.

Und wir kommen nicht umhin, uns folgende Fragen zu stellen: Warum treffen sich junge Menschen am Hasselbachplatz? Warum treffen sie sich im öffentlichen Raum? Liegt es nur an den Spätis? Nein, in erster Linie ist der Hassel einer der zentralen Plätze in dieser Stadt. Der öffentliche Raum ist für Jugendliche, insbesondere für Minderjährige, ein wichtiger Hot Spot der Freizeitgestaltung. Die Besonderheit ist die geringe formale Kontrolle und Sanktionsstruktur bei gleichzeitiger sozialer Kontrolle durch die Öffentlichkeit. Motiv für die Nutzung öffentlicher Räume durch Jugendliche ist - neben einer guten Erreichbarkeit und geringer Kosten - die freie Zugänglichkeit.

Die Schweizer Juvenir-Studie liefert eine umfassende Definition, die besagt, dass „Der öffentliche Freiraum [...] also ein Lernraum[ist]: Er dient als Bühne, um sich selbst zu präsentieren, die eigene Wirkung auf andere zu testen und auszuloten, wie man ankommt. Ein Ort, an dem Jugendliche wichtige Erfahrungen für ihre Entwicklung machen, die Voraussetzung für ihr aktives Mitwirken in unserer Gesellschaft sind.

Die Erschließung und Nutzung des öffentlichen Raums durch Jugendliche sollte daher – unabhängig von konkreten Nutzungskonflikten – generell als Chance für die [...] Gesellschaft gewertet werden. Letztlich stärken diese Erfahrungen die gesellschaftliche Integration und die Kompetenzen für eine demokratische Beteiligung.“<sup>1</sup>

Jugendliche nutzen den öffentlichen Raum und die damit verbundene Präsenz anders, nicht entsprechend dem Zweck, den Erwachsene ihm zuschreiben. Jugendliche „hängen dort ab“ oder „chillen“. Auch ohne Lärm ist dies für Erwachsene ein widersprüchliches Nutzungsverhalten, was bei der Gesamtbetrachtung der Konflikte eine Rolle spielt.

Fangen wir an und schaffen in den Stadtteilen öffentliche Räume, die bei geringen Kosten von Jugendlichen genutzt werden können! Schaffen wir zusätzliche Freizeitangebote! Lassen Sie uns Mittel und Wege für Jugendliche und Anwohner finden, die beide Seiten in die Lage versetzen, bei aufbrechenden Konflikten einen zufriedenstellenden Kompromiss auszuhandeln!

---

<sup>1</sup> Juvenir-Studie 1.0 Unser Platz – Jugendliche im öffentlichen Raum. Eine Studie verfasst von Prognos im Auftrag der Jacobs Foundation. Basel, Oktober 2012

Vielleicht können wir auch die Jugendlichen am Hassel direkt befragen bzw. befragen lassen, zum Beispiel durch die Hochschule. Reden wir nicht über sie, sondern mit ihnen!

Unterstützen wir das Ganze mit zusätzlichen Stellen für Sozialarbeit und sorgen wir dafür, dass dann auch alle Stellen in der Straßensozialarbeit besetzt sind.

Auch für das nächste Konfliktfeld, den Moritzplatz, brauchen wir eine zusätzliche Stelle in der Straßensozialarbeit, eine Stelle mit Fremdsprachenkenntnissen und interkultureller Kompetenz.

Ziele der Stadtpolitik müssen hier:

- die Verhinderung von Lärm, Müll und Gewalt,
- die Unterstützung von Verwaltung und Polizei bei der Bearbeitung von Konflikten,
- die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern bei der Konfliktvermittlung und Stärkung der Verantwortlichkeit der Anwohner für den sozialen Frieden in ihrem Umfeld,
- die Mobilisierung der vorhandenen Ressourcen und Vernetzung der existierenden Institutionen,
- die Herstellung von Kommunikation, um ein demokratisches Aushandeln bei Konflikten zu erzielen,
- der Erkenntnisgewinn über strukturelle und soziale Hintergründe,
- und die Behebung struktureller Mängel

sein.

Alle Beteiligten - Anwohnerinnen und Anwohner, Verwaltung, Schulen, Kindergärten, Polizei und gesellschaftliche Akteure - müssen wir an einen Tisch bringen und zivilgesellschaftliche Strukturen schaffen, sowie vorhandene stärken. Arbeitsgruppen der Verwaltung reichen nicht aus. Viele Roma besuchen offensichtlich die Neuapostolische Kirchengemeinde Magdeburg-Neustadt. Diese könnte Vermittlerin bei Konflikten sein.

Mit dem interfraktionellen Antrag sollen „Initiativen an den Schulen für ein besseres Miteinander und bessere Kommunikation“ angeregt werden. Diese Initiativen müssen nicht mehr angeregt werden, sie sind schon da. Sie bedürfen aber einer stärkeren Unterstützung durch die Stadtpolitik. Sprachcafés und ein Mädchencamp sind Bausteine einer starken Integrationsarbeit. Arbeitsgemeinschaften, zum Beispiel gemeinsam mit dem interkulturellen Garten, gehören ebenfalls dazu. Auch die zahlreichen Projekte, wie das gesunde Frühstück, von dem viele Schülerinnen und Schüler profitierten, sind wichtig in der alltäglichen sozialen Arbeit an Schulen. Daher ist es umso verwunderli-

cher, dass das Projekt „gesundes Frühstück“ an der Grundschule am Umfassungsweg durch den Projektträger beendet wird.

Das Wohnquartier rund um den Moritzplatz bedarf einer Aufwertung und Weiterentwicklung. Müll-eimer, mehr Licht und mehr Bäume sind nur einige Punkte. Die Entwicklung der Brachflächen im Stadtteil ist ebenso ein weiterer Punkt.

Zudem sind auch Maßnahmen denkbar, wie sie im interfraktionellen Antrag beschrieben werden. Hierzu zählen sowohl ordnungs- und bauordnungsrechtliche Maßnahmen, sowie die Präsenz von Polizei und SOD, die Lösung des Problems der Überbelegung von Wohnungen, ebenso wie Informationstafeln in den Hauseingängen in verschiedenen Sprachen und als Piktogramme.

Eine Videoüberwachung lehnen wir ab. Sie löst die Konflikte nicht und wäre auch rechtlich sehr fragwürdig.

Ablehnen werden wir auch die „Verlagerung von WLAN-Netzen“. Welche WLAN-Netze sollen hier eigentlich verlagert werden?

Zusammengefasst:

Neben ordnungspolitischen Maßnahmen müssen wir auf die Konflikte sozialpolitisch reagieren.

Und: Wir brauchen ein „Otto greift ein“ in öffentlichen Räumen mit Konflikten.